

# Wer kümmert sich um die Alten?

Die Corona-Pandemie hat Ungereimtheiten und Widersprüche in der Gesellschaft kenntlich gemacht. Dies zeigt sich gerade im Umgang mit den Verletzlichsten, beispielsweise mit alten Menschen. Wie steht es um ihre Würde? Die Stimme der Betroffenen wird kaum wahrgenommen.

**Der Boden**, auf dem die Gesellschaft der Moderne gründet, ist brüchig geworden. Um dies zu erkennen, bedurfte es nicht erst einer Pandemie. Jetzt wirkt das Corona-Virus aber wie ein Katalysator, der bereits zuvor wirksame krisenhafte Prozesse beschleunigt und damit ans Tageslicht bringt. Das aus dem Gleichgewicht gebrachte Verhältnis zwischen Menschen und Natur und die wachsenden sozialen Gegensätze innerhalb der Staaten wie weltweit: das sind Warnzeichen, die lange Zeit übersehen oder klein geredet wurden. Das Virus aber lässt sich nicht so leicht verdrängen – es fordert zum Handeln auf.

Mit dieser Herausforderung gehen die Regierungen und Völker dieser Welt ganz unterschiedlich um. Im globalen Süden fehlt es vielen schlicht an den notwendigen Ressourcen, um sich angemessen schützen zu können. Die Vereinten Nationen appellieren an die Solidarität der Reichen, doch der Ruf verhallt zumeist ungehört. Die wohlhabenden Gesellschaften verfügen über deutlich mehr Mittel, der Krise zu begegnen, doch ein Konsens über den richtigen Weg zur Eindämmung der Pandemie lässt sich nicht so leicht finden.

Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um den Begriff der «Herdenimmunität». Gleich nach der Verhängung des Lockdowns kamen Stimmen auf, die forderten: Lassen wir doch dem Virus seinen Lauf. Nach einer gewissen Zeit wären genügend Menschen immun und die gewaltigen Kosten für einen Stopp des wirtschaftlichen Lebens könnten vermieden werden. Ein Exponent dieser Position war der Freiburger Ökonom Reiner Eichenberger, der sich in der *Neuen Zürcher Zeitung* und anderswo entsprechend äusserte. Er brachte auch die Frage ins Spiel, was denn ein gerettetes Menschenleben kosten dürfe.

Die auf das Thema Rechtsextremismus spezialisierte österreichische Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl hat bereits im Frühjahr darauf hingewiesen, dass die unkontrollierte Durchseuchung der «präferierte Ansatz» von rechtsextremen Kreisen weltweit sei. Deren Begründung laute: «Das Schwache ist nie schützenswert und muss raus und weg.» Das allerdings sei «Faschismus». Nun will ich Herrn Eichenberger keineswegs unterstellen, Faschist zu sein. Seine Position ist jedoch höchst problematisch – und sie deckt sich überhaupt nicht mit dem, was wir heute über das Virus

und seine Wirkungen wissen können. So hat die nationale wissenschaftliche Task Force COVID-19 kürzlich festgehalten, der Ansatz, «Herdenimmunität» erreichen zu wollen, würde «weitaus grössere wirtschaftliche, gesellschaftliche und gesundheitliche Kosten» verursachen «als die derzeit verfolgte Strategie». Bei einer ungehinderten Verbreitung des Virus wäre der Schutz von sogenannten Risikopopulationen «extrem schwierig» und die Zahl der Todesfälle würde «dramatisch» ansteigen.

Allerdings war die seit dem Frühjahr verfolgte Strategie mit einem Preis verbunden (und ist es teilweise noch immer), der gerade vulnerable Menschen teuer zu stehen kommt. Der Mangel an Schutzmaterial, der in einer ersten Phase der Pandemie in allen Institutionen des Gesundheitswesens spürbar war, wurde in Alterspflegeeinrichtungen besonders deutlich. Hinzu kommt, dass es in vielen dieser Einrichtungen an ausreichend Personal fehlt. Das hatte zur Folge, dass die betroffenen alten Menschen wegen der Ansteckungsgefahr in ihrem Alltag stark eingeschränkt und Aussenkontakte reduziert wurden. Die Lage hat sich in der Zwischenzeit ein wenig verbessert, doch von einer «Normalisierung»

“ Das hatte zur Folge, dass die betroffenen alten Menschen wegen der Ansteckungsgefahr in ihrem Alltag stark eingeschränkt und Aussenkontakte reduziert wurden. ”



kann längst nicht die Rede sein. Prägend bleibt die Erfahrung, dass notwendiger Schutz und unverzichtbare Freiheit in einen Gegensatz geraten können.

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben hegt sogar den Verdacht, die Corona-Pandemie werde dazu benutzt, um ein Regime umfassender Gesundheitskontrolle durchzusetzen. An der Spitze dieser Bewegung sieht er die medizinische Wissenschaft, die zur «Religion unserer Zeit» geworden sei. Agamben wird aus guten Gründen hellhörig, wenn so etwas wie ein «Ausnahmestand» ausgerufen wird, denn die totalitäre Drohung steckt auch in der Demokratie. Ist aber jede Einschränkung der Freiheit gleich totalitär?

So etwas behaupten doch auch jene, welche die Warnung vor einer kommenden Klimakrise für einen «Schwindel» halten und deshalb gegen alle Massnahmen votieren, die ihre Freiheit einschränken könnten, die Erde zu zerstören. Einem

Begriff von «Freiheit», der das vernichtet, was er zu erhalten vorgibt, ist argumentativ wie praktisch-politisch handelnd zu widersprechen. Wo aber liegt der Haken?

Einschränkungen von Freiheitsrechten in der Situation einer Gefahr lassen sich wirksam nur durchsetzen, wenn sie begründbar sind und auf Konsens stossen. Das wurde beim Lockdown im Frühjahr deutlich: Angesichts der Bilder der Toten von Bergamo und anderswo wurde den allermeisten Menschen bewusst, dass jetzt etwas Ausserordentliches geschehen müsse, um die Ausbreitung dieses Virus zu stoppen.

Doch nach dem ersten Schock kamen die Fragen: Ist das alles nötig, gehen wir nicht zu weit, machen wir das Angemessene? Gewiss: Manche Kritiker\*innen der Krisenpolitik führen sich wie Idiot\*innen auf. Solche Fragen sind trotzdem wichtig, um einen gesellschaftlichen Lernprozess auszulösen. Mit Blick auf die alten Menschen müsste beispielsweise hinterfragt werden: Entspricht es eigentlich der Würde dieser Men-

schen, wenn Institutionen nicht alles versuchen, um die Bedürfnisse der Betroffenen – beispielsweise nach sozialen Kontakten – der Situation angemessen zu befriedigen? Es darf doch nicht sein, dass Heimbewohner\*innen sich wie im Gefängnis vorkommen!

Die Würde des Menschen bleibe auch im hohen Alter «unverlierbar», hielten die wichtigsten Schweizer Altersorganisationen bereits vor einigen Jahren in einer «Charta der Zivilgesellschaft» fest, die den Titel trägt: Zum würdigen Umgang mit älteren Menschen. Dort ist u.a. zu lesen: «Wenn es heute Stimmen gibt, die die Meinung vertreten, dass alte, hochbetagte Menschen durch schwere Erkrankung wie z.B. eine Demenz ihre Würde verlieren, ist dem entschieden entgegenzutreten.» Die Organisationen beteuern, sie setzen sich für eine Gesellschaft ein, «die die Würde alter Menschen uneingeschränkt respektiert».

An Absichtserklärungen fehlt es nicht – und sicher auch nicht an Versuchen, sie zu leben. Doch

ein Problem bleibt: Die vulnerablen alten Frauen und Männer werden kaum gehört in unserer Gesellschaft. Ihre Stimmen sind zu schwach oder sie dringen nicht durch, weil es ihnen an Verstärkern mangelt. Die Jungen und ganz Jungen gehen für ihre Anliegen wieder auf die Strasse, doch die ganz Alten sind dazu nicht (mehr) in der Lage. Wer hört ihnen zu? Und wer garantiert, dass sie ihr Recht auf Teilhabe wahrnehmen können? Einige, vor allem junge Alte, sind daran, ein Netzwerk Gutes Alter ([www.gutes-alter.org](http://www.gutes-alter.org)) aufzubauen, über das in der *Denknetz-Zeitung* schon berichtet wurde. Es kann auch als Versuch verstanden werden, Menschen ins Blickfeld zu rücken, die der Gesellschaft sonst verborgen bleiben – nicht nur in Zeiten von Corona.



**Kurt Seifert**

Sozialwissenschaftler, ehemals Leiter der Grundlagenarbeit von Pro Senectute Schweiz, Vorstandsmitglied des Netzwerks Gutes Alter und freier Publizist